



19.11.2019 / vh, fv
Es gilt das gesprochene Wort.

SP-Fraktionssprecherin Viviane Hösli (Zofingen) **BUDGET 2020: Eintreten der SP-Fraktion**

Sehr geehrte Frau Ratspräsident, sehr geehrte Herren Regierungsräte, geschätzte Damen bis Herren

Noch 2017 sprach der Regierungsrat von einem Loch von 250 Millionen Franken. 2018 wurde ein Rekordüberschuss erzielt. Dies wurde als sehr ausserordentlich begründet und der Leistungsabbau wurden weiter vorangetrieben. 2018 wurde mit dem Überschuss hauptsächlich die kurz- und langfristigen Schulden abbezahlt – das in Zeiten von Negativzinsen. Andere Kantone erwirtschaften in diesen Zeiten Gewinne aus diesen Negativzinsen, der Kanton Aargau verfolgt den Schuldenabbau wie eine heilige Kuh.

2019 kann ebenfalls wieder mit einem positiven Rechnungsabschluss gerechnet werden, die Entlastungspakete werden in den normalen Haushalt integriert und als Entwicklungsziele ordentlich im Budgetprozess geführt. Für 2020 und die Planjahre ist ein Überschuss vorgesehen.

Im Kanton Aargau wurde in den letzten Jahren **systematisch der Teufel an die Wand gemalt**: Dieses Bild nutzte man dazu, um zu begründen, weshalb die Bevölkerung den Gürtel enger schnallen muss. Der vermeintlich finanzielle Engpass (notabene ohne geplante Entnahme aus der Ausgleichsreserve) dient als Begründung für den **Leistungsabbau** in den für die Bürger*innen wichtige Bereiche:

- Die **Prämienverbilligung** wurde dem unteren Mittelstand systematisch entzogen und es fand nur eine minimste Korrektur für Familien statt. Deswegen hat sich die SP zu einer Klage gegen den Kanton entschieden.
- Bei der **familienergänzenden Kinderbetreuung** bleiben wir eine Entwicklungsland; und das trotz Fachkräftemangel.
- Die Entwicklung bei den Investitionen in die **Energiewende** geschieht viel zu zögerlich und das, obwohl uns die Klimajugend unvermindert daran erinnert, dass die Zeit drängt.
- Bei den **Löhne** des Verwaltungspersonal liegen wir im kantonsweiten Vergleich zurück.
- Allgemein sind wir bezüglich der **Investitionen** in grossem Rückstand und neue Projekte und Gesetzesanpassungen werden nur dann an die Hand genommen, wenn die Bundesgesetzgebung die Kantone dazu zwingt.

Keine Innovation, keine Gestaltung der Zukunft. Die SP-Fraktion ist nicht zufrieden damit, in welche Richtung sich dieser Kanton finanzpolitisch bewegt.

Der Ressourcenindex und die dadurch bedingte Abhängigkeit vom Finanzausgleich zeigen auf, dass wir eine finanzpolitische Wende in diesem Kanton brauchen. Der Staat Aargau dümpelt so dahin und Sie verkünden, dass weitere Steuersenkungen oder eine tiefe Staatsquote alles retten würden.

Erlauben Sie mir einen kurzen Seitenhieb auf die Staatsquote, weil ich die Rufe über den «steigenden Aufwand» bereits im Ohr habe: Ja, wir haben im Budgetjahr einen steigenden Aufwand. Auf Seite 44 in der Botschaft ist beschrieben, warum: Der Aufwand steigt massgeblich im Strassenbau und durch die ÖV-Spezialfinanzierung. Damit ist unseres Erachtens die Diskussion darüber auch bereits schon wieder abgeschlossen.



Erlauben sie mir Blicken wir zurück auf den Start der Abbaupakete (mit klingenden Namen wie «Leistungsanalyse», «Entlastungsmassnahmen» und jetzt «Haushaltssanierung»): Postuliert wurde seit Beginn der Budgetberatung im Jahr 2014 eine gleichmässige Verteilung auf Ausgaben- und Einnahmenseite. **Umgesetzt wurden bis heute aber nur Teile der Ausgabenseite.** Die Schuldentilgung wurde nicht ausgesetzt – noch einmal: in Zeiten von Negativzinsen – und auf die Steuerfusserhöhung wurde verzichtet. Der Steuerfuss soll sogar 2021 nochmals gesenkt werden. Unter Gleichmässigkeit verstehen wir etwas anderes. **In den letzten Jahren wurden also Leistungen im Umfang von über 300 Mio. jährlich wiederholend abgebaut.**

Die Ausgleichsreserve erfüllt heute nicht ihren Zweck, konjunkturelle Schwankungen auszugleichen. Sie verweigern das. Der Grosse Rat macht das inzwischen routiniert mit dem Abbau von staatlichen Leistungen im Rahmen des Budgets. Und wenn dann aufgrund der pessimistischen Budgetierung trotzdem ein Gewinn erwirtschaftet wird, dann wird dieser für den Schuldenabbau verwendet. Noch einmal: in Zeiten von Negativzinsen!

Der Gipfel kommt aber erst: **Bereits sind wieder Steuersenkungen geplant und teilweise beschlossen.** Der Krankenkassenprämien-Steuerabzug, die Umsetzung der Steuervorlage 17, die Steuerfussenkungen...

Die Einnahmen werden also weiter sinken, weil das politisch so geplant wird. So kann in diesem Kanton weiterhin die neoliberale Politik fortgeführt werden: **Es wird nicht in die Menschen in diesem Kanton investiert und das sozialpolitische Klima aus vermeintlichen Sachzwängen kalt gehalten, während der Klimawandel unaufhaltsam stattfindet.**

Auch mit unserem (sehr kleinen) Verständnis für den Schuldenabbau: Was hilft es unseren Nachkommen, wenn wir zwar einen Kanton ohne Schulden haben, aber sich dieser Kanton in einem desolaten Zustand befindet? Oder wollen Sie Ihren Kindern tatsächlich eine Bruchbude als Eigenheim vererben, welches zwar schuldenfrei ist, aber nicht bewohnbar?

Die SP will das nicht. Wir setzen uns weiterhin ein für einen Kanton, der gute öffentliche Leistungen für seine Einwohner*innen anbietet und in eine nachhaltige Zukunft investiert. Dazu werden wir in dieser Debatte in verschiedenen Aufgabenbereichen Anträge stellen.

Noch zu den Lohnerhöhungen: Natürlich ist ein Prozent wenig, wenn man damit lediglich einen Teil des Rückstands gegenüber anderen Kantonen ausgleicht. Ein grösserer Brocken von strukturellen Anpassungen wird uns bei den Lehrpersonen bevorstehen. Uns ist nicht klar, weshalb man nicht einen Teil dieser strukturellen Anpassungen bereits im Jahr 2020 vornimmt, wenn mutmasslich ein Gewinn vorliegt. Mit Grosszügigkeit hätte das nichts zu tun, sondern mit einer Verteilung des Aufwands. Wir fordern darum 2%.